



Niederschrift

zur 31. Sitzung des Rates der Stadt Lippstadt am 25.02.2013

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Christof Sommer Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Bernhard Bartscher	Ratsmitglied
Herr Wilhelm Börskens	Ratsmitglied
Herr Werner Bresser	Ratsmitglied
Herr Peter Cosack	Ratsmitglied
Herr Michael Peter Demmer	Ratsmitglied
Herr Josef Franz	Ratsmitglied
Herr Klaus Fürstenberg	Ratsmitglied
Herr Franz Gausemeier	Ratsmitglied
Herr Jan Walter Hammer	Ratsmitglied
Herr Friedrich Wilhelm Hülsemann	Ratsmitglied
Herr Gunter Gerd Köhler	Ratsmitglied
Herr Klaus Laufkötter	Ratsmitglied
Herr Antonius Michel-Kemper	Ratsmitglied
Frau Mechtild Niggemeier	Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Herr Karl-Heinz Brülle	Ratsmitglied	außer TOP 7 - 12 einschließl.
Frau Dr. Yasmine Freigang	Ratsmitglied	
Herr Hans-Joachim Kayser	Ratsmitglied	
Herr Thomas Morfeld	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Oelze-Krähling	Ratsmitglied	
Frau Sabine Pfeffer	Ratsmitglied	
Herr Manuel Rodriguez Cameselle	Ratsmitglied	
Herr Gunther Schmich	Ratsmitglied	
Herr Martin Schulz	Ratsmitglied	
Frau MdL Marlies Stotz	Ratsmitglied	
Herr Udo Strathaus	Ratsmitglied	
Herr Hans Zaremba	Ratsmitglied	

FDP-Fraktion

Herr Dr. Olav Freund	Ratsmitglied
Herr Wilhelm Glarmin	Ratsmitglied
Frau Dr. Gabriela Jonas-Ahrend	Ratsmitglied

Herr Jakob Kuhnert Ratsmitglied außer TOP 7 - 11 einschließl.
Herr Dr. Bernd Neuhoff Ratsmitglied

BG-Fraktion

Herr Horst Fritsch Ratsmitglied
Frau Andrea Heymann Ratsmitglied
Herr Gisbert Kreß Ratsmitglied
Herr Werner Langer Ratsmitglied
Herr Hans-Dieter Marche Ratsmitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann Ratsmitglied
Herr Berthold Niehage Ratsmitglied
Frau Cordula Ungruh Ratsmitglied
Herr Heinz Gesterkamp Ratsmitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Eberhard Ballhorn Ratsmitglied
Herr Axel Bohnhorst Ratsmitglied
Herr Hans-Günther Ostkamp Ratsmitglied
Herr Christian Prahl Ratsmitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Bruns Ratsmitglied

Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Rainer Strotmeier
Herr Wilfried Meschede Fachbereichsleiter 2
Herr Joachim Elliger Fachbereichsleiter 3
Herr Manfred Strieth Fachbereichsleiter 5
Herr Heinrich Horstmann Fachbereichsleiter 6
Frau Julia Scharte Pressestelle
Frau Jutta Kleegräfe Büro des Bürgermeisters
Frau Birgit Rubart Schriftführerin
Herr Hartmut Neutzler außer TOP 14
Herr Michael Schäfer bis einschließl. TOP 14
Herr Joachim Zimmermann bis einschließl. TOP 15

Entschuldigt fehlten:

CDU-Fraktion

Frau Helga de Horn Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Herr Otto Brand Ratsmitglied
Herr Christian Nernheim Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Frau Annette Bergschneider Ratsmitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Burkhard Wolfgang Trahm Ratsmitglied

In öffentlicher Sitzung

Herr Sommer eröffnet die Sitzung und begrüßt neben den Ratsmitgliedern die erschienenen Zuhörer und Zuhörerinnen sowie die Vertreter der Presse. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit vorliegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er Herrn Bruns, der im Februar die Vollen-
dung seines 40. Lebensjahres feiern konnte.

1. Fragestunde für Einwohner

Herr Bertling, Schückingstraße 21, bezieht sich auf die Berichterstattung über die gebildeten Arbeitskreise und Kommissionen, in denen in der Regel nicht-öffentlich beraten wird. Er bittet um Auskunft darüber, wer diese Gremien besetzt und die Tagesordnung festsetzt und wie die notwendige Transparenz gewährleistet wird. Herr Sommer erläutert, dass die Gremien auf Beschluss des Rates einberufen wurden bzw. bereits seit Jahrzehnten zur Unterstützung der Ausschüsse tätig sind.

Er weist darauf hin, dass es sich in vielen Fällen – wie z. B. bei der Verkehrskommission oder der Grünflächenkommission – um vorbereitende Gremien handelt, deren Ergebnisse den Ausschüssen bzw. dem Rat als Beratungsgrundlage vorgelegt werden.

Bei den sog. Werkstattgesprächen (Beispiel: Integriertes Handlungskonzept Altstadt) nahmen nicht ausschließlich Vertreter der Ratsfraktionen teil, sondern Fachleute und Berater sowie von Planungen Betroffene wie z. B. Anwohner. Für alle vorbereitenden Gremien gelte, dass abschließende Beratung und Beschlussfassung in den zuständigen Ausschüssen bzw. dem Rat erfolge.

2. Beteiligung der Stadt Lippstadt an einer Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012

040/2013

(Nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes begibt sich Herr Prahl in den Zuschauerraum. Er nimmt weder an der Aussprache noch an der Abstimmung teil.)

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Sommer und Dr. Freund, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Bohnhorst und Herr Marche. Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Die Stadt Lippstadt beteiligt sich an der von der Sozietät Wolter-Hoppenberg, Hamm, betreuten Verfassungsbeschwerde nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 zu einem Pauschalhonorar von maximal 10.000 € zuzüglich MwSt.

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

3. 7. Änderung der Ordnung über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Lippstadt (Vergabeordnung)
12. Änderung der Anlage zur Vergabeordnung der Stadt Lippstadt
401/2012

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

"Die der Originalniederschrift als Anlage beigefügte 7. Änderung der Ordnung über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Lippstadt (Vergabeordnung) vom 1. Oktober 1965 wird beschlossen.
Gleichermaßen wird die 12. Änderung der Anlage zur Vergabeordnung beschlossen".

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 1 Gegenstimme

4. Zuschuss an den Städt. Musikverein Lippstadt e. V.;
hier: Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2013/2014
004/2013

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wird vom Rat beschlossen:

Unter dem Vorbehalt der entsprechenden Mittelbereitstellung in dem jeweiligen Haushaltsjahr wird dem Wirtschaftsplan des Städt. Musikvereins Lippstadt e. V. für die Spielzeit 2013/2014 zugestimmt. Der darin ausgewiesene Zuschuss in Höhe von 120.500 € soll in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 anteilig mit jeweils 50 % bereitgestellt werden.

Einstimmig zugestimmt

5. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 und Fortführung des freiwilligen Haushaltssicherungsprogrammes (HSP) für die Jahre 2013 bis 2016
071/2013

Die Herren Bresser, Kayser, Dr. Freund und Marche, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Prahl und Herr Bruns nehmen in ihren Haushaltsreden Stellung zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 nebst Haushaltsplan und Stellenplan sowie zur Fortführung des HSP und verschiedenen Einflussgrößen auf den städtischen Haushalt. (Die Haushaltsreden sind der Niederschrift beigefügt; es gilt das gesprochene Wort).

Im Anschluss an die Haushaltsreden stellt Herr Sommer alle Änderungsanträge zum Erlass der Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan nochmals gesammelt dar. Nachdem einige Fragen zu den Anträgen geklärt wurden und Herr Sommer auf die noch ausstehende Beschlussfassung zum Stellenplan hingewiesen hat, lässt er über die eingereichten bzw. vorgebrachten Anträge abstimmen.

Instandsetzung der Radwege

(Antrag der BG-Fraktion)

Erhöhung des Ansatzes von 480.000 € (Aufwandskonto: 5211000 Unterhaltung der Straßen, Wege und Brücken - Gemeindestraßen) **um 35.000 € auf 515.000 €**

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Verbesserung der Radverkehrssituation/Installation von sicheren Radabstellanlagen

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Erhöhung des Ansatzes von 15.000 € um 35.000 € auf 50.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 17 Ja-Stimmen)

Ersatzbeschaffung von Spielplatzausstattungen

(Antrag der BG-Fraktion)

Erhöhung des Ansatzes von 55.000 € um 15.000 € auf 70.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 14 Ja-Stimmen)

Ausbau des Familienpasses

(Antrag von Herrn Bruns)

Erhöhung des Ansatzes um 40.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

Einführung einer Kinder-Beihilfe im Monat Dezember, „Weihnachtsbeihilfe“

(Antrag von Herrn Bruns)

Bereitstellung von 100.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

Lockerung der Stellenbesetzungssperre und Verzicht auf Verzicht auf Ausbildung über Bedarf

(Antrag von Herrn Bruns)

Erhöhung des Ansatzes um 250.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

**Rücknahme der Entgeltanhebung Thomas-Valentin-Bücherei (inkl. kostenlose Ausleihe für Kinder),
Rücknahme der Erhöhung der Entgelte der Volkshochschule,
Rücknahme der Gebührenerhöhung der Musikschule**
(Antrag von Herrn Bruns)

Minderung des Ansatzes um 80.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

Bestandsausbau der Thomas-Valentin-Bücherei
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Herrn Bruns)

**Erhöhung des Ansatzes von 55.000 € um 30.000 € auf
85.000 €**

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen)

**Senkung der Elternbeiträge für Kitas/Ganztagsschule/Ab-
schaffung Beiträge für Geschwisterkinder**
(Antrag von Herrn Bruns)

Minderung des Ansatzes um 100.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

Senkung der Grundsteuer B auf 380 Prozent
(Antrag von Herrn Bruns)

**Verminderung des Ansatzes von 9.200.000 € um 880.000 €
auf 8.320.000 €**

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

**Vollständige Ausschüttung des Jahresüberschusses der Spar-
kasse Lippstadt (Lippstadt-Anteil) an die Stadt Lippstadt**
(Antrag von Herrn Bruns)

Erhöhung des Ansatzes um mind. 100.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf 450 Prozent
(Antrag von Herrn Bruns)

**Erhöhung des Ansatzes von 32.000.000 € um 1.490.000 €
auf 33.490.000 €**

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 1 Ja-Stimme)

Modellprojekt „Frühbetreuung Grundschulkinder“
(Antrag der CDU-Fraktion)

Bereitstellung von 6.000 €

(Einstimmig zugestimmt bei 5 Enthaltungen)

Modellprojekt „Schülerhaushalt“
(Antrag der SPD-Fraktion)

Bereitstellung von 7.000 €

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 5 Gegenstimmen)

Arbeitslosenzentrum der INI
(Antrag der SPD-Fraktion)

Bereitstellung von 15.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

**Bürgerinformationsveranstaltungen zum Radverkehrskonzept und
Fahrradaktionstage**

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Bereitstellung von 10.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Herrichtung Grünanlage/Ausgleichsmaßnahme Südliche Umflut
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Bereitstellung von 100.000 € für 2013

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Investitionen Grüner Winkel
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Verminderung des Ansatzes um 100.000 € in 2013

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Neugestaltung des Marktplatzes
(Gemeinsamer Antrag von BG-, CDU-, FDP-, und SPD-Fraktion)

Anbringung eines Sperrvermerkes für die Haushaltsmittel

(Einstimmig zugestimmt bei 2 Enthaltungen)

Errichtung eines Auenzentrums

(Antrag der FDP-Fraktion)

Anbringung eines Sperrvermerkes für die Haushaltsmittel

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 20 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen)

Errichtung und Einrichtung eines Bürgerbüros

(Antrag der FDP-Fraktion)

Anbringung eines Sperrvermerkes für die Haushaltsmittel

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Zuschuss an den Kunstverein Lippstadt

(Gemeinsamer Antrag von BG-, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Bruns, wobei von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU eine Erhöhung um 4.900 € beantragt wurde.)

Erhöhung des Ansatzes von 19.675 € um 5.000 € auf 24.675 €

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 22 Gegenstimmen)

Im Anschluss an die Abstimmung über die Einzelanträge trifft der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage und unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Änderungsbeschlüsse zum Haushaltsplanentwurf folgende Entscheidung:

1. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2013 nebst Haushaltsplan (unter Einbeziehung der mittelfristigen Finanzplanung bis einschl. 2016) und Stellenplan auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs der Haushaltssatzung /des Haushaltsplanes und der beigefügten Veränderungsblätter.
2. Der Rat nimmt die Berichterstattung über die Ausführung des HSP im Jahr 2012 zur Kenntnis und beschließt die Fortführung des HSP für die Jahre 2013 bis 2016.

Haushaltssatzung

der Stadt Lippstadt für das Jahr 2013

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. September 2012 (GV. NRW. S. 436), hat der Rat der Stadt Lippstadt mit Beschluss vom 25. Februar 2013 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Lippstadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	140.904.900,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	149.939.067,00 EUR

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	127.400.788,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	130.278.678,00 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	32.409.023,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	40.248.561,00 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

0,00 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

24.986.250,00 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf 8.276.810,00 EUR und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 757.357,00 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000,00 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf 229 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf 420 v.H.
2. Gewerbesteuer auf 430 v.H.

§ 7

Haushaltssicherungskonzept

entfällt

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 5 Gegenstimmen

6. **Besetzung der Stelle des ersten Beigeordneten und Stadtkämmerers** 076/2013

Herr Kayser spricht sich dafür aus, in der Stellenausschreibung bei den zu erfüllenden Anforderungen unter dem zweiten Spiegelstrich zuerst die Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften und erst zum Schluss die Rechtswissenschaften aufzuführen. Er begründet dies mit der Tatsache, dass bei der

Stadt Lippstadt bereits zwei Volljuristen beschäftigt sind. Herr Sommer sieht kein Problem darin, die Reihenfolge zu ändern, bezweifelt allerdings, dass dies Auswirkungen auf den Bewerberkreis haben wird.

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellenausschreibung in der vorgeschlagenen Art und Veröffentlichungsdichte zu veranlassen. Für die Besetzung des Auswahlremiums ist neben Herrn Bürgermeister Sommer jeweils ein Vertreter je Fraktion zu entsenden.

Einstimmig zugestimmt mit 1 Enthaltung

7. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Städten Erwitte, Geske und Lippstadt über die Vorhaltung eines Gerätewagens Gefahrgut (GW-G)
039/2013

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

„Der der Originalniederschrift beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird zugestimmt.“

Einstimmig zugestimmt

8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Lippstadt
043/2013

Unter Bezugnahme auf die Vorlage beschließt der Rat:

„Der der Originalniederschrift beigefügte Entwurf der 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Lippstadt vom 18.05.1999 wird beschlossen. Der Kalkulation als Grundlage des Gebührentarifs wird zugestimmt.“

Einstimmig zugestimmt

9. Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege
hier: **Errichtung einer Tageseinrichtung für Kinder im nord-westlichen Kernstadtbereich "Stadtpark - Am Tiergarten" zum Kindergartenjahr 2013/2014**
010/2013

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

- "1. In Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 02.03.2009 zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege wird am Standort „Stadtwald – Am Tiergarten“ die dort bisher geführte Waldspielgruppe in eine nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) geförderte Kindertageseinrichtung umgewandelt und ausgebaut.
2. In der Kindertageseinrichtung sollen ab dem 01.08.2013 in 2 Gruppen bis zu 35 Kinder im Alter von 0 - 6 Jahren ganztägig betreut und gefördert werden. Hiervon wird bis auf weiteres eine Gruppe für bis zu 25 Kinder im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung unter Berücksichtigung eines besonderen pädagogischen Ansatzes und Konzeptes als Waldgruppe geführt.
3. Voraussetzung für den Betrieb dieser Einrichtung ist die Erteilung einer Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt, Landschaftsverband Westfalen-Lippe und die Gewährung von gesetzlichen Zuschüssen zu den laufenden Betriebskosten dieser Einrichtung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz).
4. Die notwendigen Räumlichkeiten für die Kindertageseinrichtung werden von einem anerkannten Träger der Jugendhilfe, der gleichzeitig auch Träger der Kindertageseinrichtung ist, unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) errichtet. Auf die beige-fügte Planskizze wird verwiesen.
5. Die Trägerschaft der Einrichtung wird der INITEC Gesellschaft für Ausbildung und Arbeit mbH (gemeinnützig), Südstraße 18, 59557 Lippstadt als anerkannter Träger der Jugendhilfe in Lippstadt übertragen. Die Verwaltung wird insoweit beauftragt, mit der INITEC entsprechende Abstimmungen zu treffen.
6. Dem Träger der Einrichtung wird - vorbehaltlich einer Mittelbereitstellung im Haushaltsplan - im Jahr 2013 eine gesetzliche Förderung (Bundes- bzw. Landesmittel) in Höhe von rund. 168.000 € und eine freiwillige Förderung in Höhe von bis zu 116.000 € der anzuerkennenden Investitionskosten gewährt. Der Zuschuss dient zur Mitfinanzierung der Baukosten, der Anschaffungskosten der aus pädagogischer Sicht erforderlichen Einrichtungsgegenstände, der Außenspielgeräte sowie der Spiel- Förder- und Beschäftigungsmaterialien. Bei einer veränderter Bundes- und Landesförderung erfolgt eine Anpassung des Zuschusses.
7. Dem Träger der Einrichtung wird eine gesetzliche Förderung der laufenden Betriebskosten (z. B. für Personal- und Sachkosten) in der nach dem Kinderbildungsgesetz üblichen Art und Höhe (Gewährung von sogenannten Kindpauschalen) sowie eine freiwillige Betriebskostenförderung gemäß Ratsbeschluss vom 22.09.2008 ab Inbetriebnahme der Einrichtung gewährt."

Einstimmig zugestimmt

10. Auflösung der Außenstelle des Hanse-Kollegs in Paderborn
028/2013

Der Rat nimmt Bezug auf die Vorlage und beschließt:

- „1. Die Außenstelle des Hanse-Kollegs – das Weiterbildungskolleg der Stadt Lippstadt Abendgymnasium – Kolleg – Abendrealschule in Paderborn wird zum Ende des Schuljahres 2012/13 (31.07.2012) aufgelöst.
2. Den Studierenden des aktuellen 3. Semesters wird zum Ende des 4. Semesters angeboten, zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife die Semester 5 und 6 an einem anderen Standort des Hanse-Kollegs abzuleisten.“

Einstimmig zugestimmt

11. Platzgestaltung Innenhof Stadtbücherei
041/2013

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Für die Platzgestaltung des Innenhofes der Stadtbücherei werden außerplanmäßig 320.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Haushalts 2013.

Einstimmig zugestimmt

12. Fragen der Ratsmitglieder/Berichte der Verwaltung

12.1. Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Gewaltsituation in Lippstadt

Herr Sommer informiert die Ratsmitglieder über eine gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Gewaltsituation in Lippstadt. Aussagen zur Entwicklung von Fallzahlen und zur Schwere von Straftaten könnten allerdings nur seitens der Polizei getroffen werden, mit der die Stadt im steten Kontakt stehe und die bereits eine Berichterstattung zugesagt habe. Da die aktuellen Daten derzeit vorab dem Ministerium gemeldet werden müssen, soll der Vortrag in Absprache mit den beiden Fraktionsvorsitzenden in der Aprilsitzung erfolgen.

12.2. Frage von Ratsmitglied Strathaus zu externen Gutachten

Herr Strathaus fragt nach, wann mit der von ihm erbetenen Aufstellung über die von der Stadt Lippstadt vergebenen externen Gutachten zu rechnen sei. Herr Sommer sagt diese für die nächste Sitzung zu.

Ende des öffentlichen Teils um 20:00 Uhr

gez Sommer
Vorsitzender

gez. Rubart
Schriftführerin